

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie gekommen sind, um heute mit uns einen besonderen Neujahrsempfang zu begehen. Das Besondere ist für mich nicht, dass wir in ein neues Jahrzehnt starten, sondern dass ich zwei Ehrengäste begrüßen darf, die Besonderes für unsere Stadt geleistet haben und die wir heute Abend mit der Bürgermedaille der Stadt Kehl auszeichnen werden.

Entgegen aller protokollarischen Gepflogenheiten habe ich mich aus diesem Anlass entschieden, nur die beiden Ehrengäste namentlich zu begrüßen. Ich erlaube mir sogar weder Herrn Landtagsabgeordneten Willi Stächele, noch die Oberbürgermeister der großen Kreisstädte, also die Herren Marco Steffens, Markus Ibert und Klaus Muttach, noch die Bürgermeister unserer Nachbarkommunen, also die Herren Michael Welsche, Manuel Tabor und Jochen Fischer, besonders zu begrüßen. Natürlich freue mich, dass Sie alle da sind und danke Ihnen und euch für das kollegiale Miteinander.

Heißen Sie mit mir jetzt sehr herzlich willkommen:

- den Straßburger Oberbürgermeister Roland Ries
- und den ehemaligen Kehler Oberbürgermeister, meinen Amtsvorgänger, Herrn Dr. Günther Petry.

Zum Wohle unserer Stadt und der deutsch-französischen Beziehungen haben Sie beide im wahrsten Wortsinn Grenzen über- und neue Wege beschritten. Bevor ich Ihnen dafür danke und Sie mit der höchsten Ehrung auszeichne, welche die Stadt Kehl bis jetzt vergeben hat, möchte ich auf das Thema „Grenzen überschreiten“ näher eingehen und es zu einer Art Motto für das neue Jahr, vielleicht gar für das neue Jahrzehnt machen. Denn das überaus positive Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Straßburg und Kehl zeigt: Wer Mut hat, wer Offenheit, Kooperationsbereitschaft und Souveränität mitbringt, der kann neue Wege beschreiten.

Neue Wege haben Abschnitte, die nicht nach allen Seiten gesichert sind, sie haben Engstellen, führen über Höhen und Tiefen und bringen die Mühen der Ebene mit sich – und nicht zwangsläufig eine Erfolgsgarantie.

Sich auf einen neuen Weg zu machen, erfordert ein gewisses Maß an Risikobereitschaft – und erfordert Lust darauf, neuen Herausforderungen mit innovativen Handlungsweisen zu begegnen. Anders ausgedrückt: Zukunftsfähig können wir nur sein, wenn es uns gelingt, eine mit Innovationskraft gepaarte Wagniskultur zu etablieren.

Bei der Stadt haben wir das vergangene Jahr genutzt, um uns darauf vorzubereiten, neue Wege einzuschlagen: Digitalisierung ist das allumfassende Schlagwort, das Thema, die Herausforderung, vor der wir stehen.

Eine Herausforderung, die wir gerne annehmen und die wir – und dafür stehe ich – mit Elan vorantreiben werden.

Digitalisierung bedeutet nicht, dass wir Menschen durch Computer ersetzen oder Bürgerinnen und Bürger künftig auf Roboter anstatt auf Mitarbeitende treffen werden, wenn sie ins Rathaus kommen. Das sogenannte E-Government ermöglicht es uns, einen Teil unserer Routinedienstleistungen ortsunabhängig, rund um die Uhr in konstanter Qualität zur Verfügung zu stellen.

Das bedeutet – zunächst – zweierlei:

- In Zeiten, in denen Computer und Smartphones zum Massenphänomen geworden sind, haben die Nutzerinnen und Nutzer den Anspruch, Standarddienstleistungen online abwickeln zu können. Diesem Anspruch wollen – und müssen – wir genügen.
- Wer dies nicht möchte, nicht über die technischen Möglichkeiten oder die erforderlichen Kenntnisse verfügt, kann selbstverständlich weiterhin ins Rathaus kommen. Ins Rathaus kommen werden auch all diejenigen, die eben keine Standardanforderung, sondern ein spezielles Problem haben. Und um diese Kundinnen und Kunden werden sich unsere Mitarbeitenden dann intensiv kümmern können – eben weil sie von den Standardprozessen entlastet sind.

Niemand bei uns in der Verwaltung muss um seinen Arbeitsplatz fürchten. Digitalisierung bedeutet in unserem Falle nicht Vernichtung von Arbeit, sondern Veränderung von Arbeit.

E-Government geht aber noch viel weiter: Es geht auch um die Verwendung und die Zurverfügungstellung des Wissens. Wir verfügen auf unseren Servern im Rathaus und teilweise auch noch in unseren Aktenschränken über Unmengen wertvollen Wissens – heute nennen wir das: Daten. Dieses Wissen, diese Daten, werden aber nicht oder nicht in dem Maße genutzt, wie es sinnvoll wäre, um zukunftsfähige Konzepte entwickeln und zukunftsträchtig planen zu können.

Diese Daten werden wir im Rahmen der Digitalisierung so aufbereiten, dass zum einen wir sie besser nutzen können, zum anderen werden wir sie auf unserer städtischen Plattform online stellen, damit Bürgerinnen und Bürger sie einsehen und nutzen können.

Wir versprechen uns davon, dass wir damit mehr öffentliches Interesse für die gesellschaftlich relevanten Entwicklungen in unserer Stadt wecken können und gleich-

zeitig in der Bürgerschaft neue Akteure finden, die bereit sind, sich an den Innovationsprozessen in der Stadt zu beteiligen.

„Aha“, wird jetzt vielleicht der eine oder die andere unter Ihnen denken: Jetzt will die Stadt auch noch meine Daten abgreifen. Und ja: Sie haben Recht. Wir wollen es, wir tun es und wir müssen es tun. Selbstverständlich unter strikter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

Sofern Sie in Kehl wohnen, wissen wir von Ihnen, wo Sie wohnen, wie viele Personen in Ihrem Haushalt leben, wie alt diese sind. Wir wissen, ob Sie zur Miete wohnen, in der Eigentumswohnung oder im eigenen Haus, ob Sie eine oder mehrere Wohnungen vermieten und so weiter und sofort.

Warum wir all diese Dinge – und noch viel mehr – wissen müssen, zeigt ein simples Beispiel: Bis zum Sommer vergangenen Jahres haben Eltern ihre Kleinkinder in ihrer Wunsch-Kindertageseinrichtung angemeldet und – für den Fall, dass dort kein Platz ist – noch in weiteren Kitas. Diese Mehrfachanmeldungen mussten von unseren Mitarbeitenden aufwendig abgeglichen werden – wir konnten immer nur zu einem bestimmten Stichtag sagen, wie viele Kinder gerade auf einen Kita-Platz warten.

Inzwischen haben wir auf die Online-Anmeldung umgestellt und haben damit ein System, das uns deutlich mehr Planungssicherheit gibt, wenn es darum geht: Wo fehlen uns Plätze, wo brauchen wir eine neue Kita?

Nun baut sich eine Kita nicht innerhalb von Wochen oder Monaten und in aller Regel können auch bestehende Kitas – selbst wenn sie sich in Containern befänden – nicht einfach umgesetzt werden. Das heißt: Wir können nicht nur den aktuellen Bedarf und die Warteliste betrachten, sondern wir müssen in den Blick nehmen, wie sich ein Stadtquartier oder eine Ortschaft entwickelt.

Dazu brauchen wir Daten: Wir müssen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung kennen: Wie viele alte Menschen, wie viele junge Familien leben dort? Befindet sich ein Quartier im Umbruch, weil alte Menschen ihre Häuser verlassen? Gibt es bereits Leerstände? Werden private Grundstücke an Investoren verkauft?

Nur wenn wir diese Informationen gesichert und frühzeitig haben, wenn wir die Möglichkeit haben, sie mit regionalen und überregionalen Entwicklungen abgleichen zu können, können wir effektiv planen, können wir – gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern – unsere Stadt so gestalten, dass wir gerne hier leben.

Dass wir das gemeinsam mit Ihnen, mit allen interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern, tun möchten, haben wir bei der Erarbeitung unseres Stadtentwicklungskonzepts Kehl 2035 gezeigt: 4500 Kehlerinnen und Kehler waren eingeladen, an einer Befragung teilzunehmen – online oder ganz analog auf Papier. In auf das Stadtgebiet verteilten Workshops konnten zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger

ihre Vorstellungen davon einbringen, wie sie sich ihre Stadt entwickeln soll, wie sie sich Kehl im Jahre 2035 wünschen.

In sogenannten Fokusgruppengesprächen haben wir die Meinung von Unternehmern, Hoteliers und Einzelhändlern kennengelernt, haben Bürgerinitiativen und -gruppen im Bereich Umwelt eingeladen und natürlich auch mit Kindern und Jugendlichen gesprochen.

In einer zentralen Veranstaltung hier in der Stadthalle haben wir die Ergebnisse aus diesen Workshops und Gesprächsrunden vorgestellt.

Diese Vorschläge, Anregungen, Projektideen und Entwicklungslinien sind die Basis für das Stadtentwicklungskonzept, mit dessen Erarbeitung wir 2019 gut vorangekommen sind. Ich gehe davon aus, dass wir Ihnen den Entwurf des Konzepts in der ersten Jahreshälfte vorstellen können – natürlich bevor es vom Gemeinderat beschlossen wird.

Eine zukunftsfähige Entwicklungsplanung setzt voraus, dass wir alle Daten, die uns zur Verfügung stehen, dafür nutzen – womit ich wieder auf das Thema Digitalisierung zurückkomme.

Die Zahl der Daten, die weltweit bereits existieren, ist längst nicht mehr überschaubar. Vor dem Hintergrund, dass – ich sagte es bereits – das Smartphone zum Massenphänomen geworden ist und sich die Nutzer einer Vielzahl sogenannter Apps bedienen und auch vor dem Hintergrund, dass jede und jeder spontan im Netz und in den sozialen Medien ungefiltert und ungeprüft Informationen verbreiten kann, haben wir längst keine Alternative mehr zu Digitalisierung und zur Nutzung von KI-Technologien, also künstlicher Intelligenz.

Um zu veranschaulichen, was ich meine, wenige Zahlen, die aus dem vergangenen Herbst stammen: Weltweit existierten damals mehr als 1,3 Milliarden Webseiten, täglich kommen etwa 150 000 neue hinzu. Auf Twitter werden tagtäglich 700 Millionen Nachrichten versendet. Etwa 1,3 Milliarden Nutzerinnen und Nutzer von Facebook posten 180 Millionen Inhalte – pro Stunde.

Es hilft uns also nicht, aus einem vagen Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens angesichts von Technologien, die wir als Anwenderinnen und Anwender nicht mehr durchschauen, die Digitalisierung abzulehnen, sondern wir müssen versuchen, maschinell und automatisiert aus diesen Datenmengen sinnvolle Informationen zu generieren.

Wir müssen also Neugier wagen, um die Potenziale und die Leistungskraft dieser neuen Werkzeuge zu erkunden – und dabei auch die Risiken pragmatisch und evidenzbasiert in den Blick nehmen. Unerlässlich ist aus meiner Sicht dafür, dass die digitale Bildung in den Schulen, an den Universitäten und auch bei den Beschäftigten

ausgebaut wird. Das gilt selbstverständlich auch für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

Ich freue mich sehr, dass die Oberbürgermeister der großen Kreisstädte im Ortenaukreis ein Netzwerk Digitalisierung ins Leben gerufen haben, damit wir uns austauschen und unser Wissen teilen.

Durch ein leistungsfähiges, anwenderfreundliches E-Government, die Bereitstellung von Open Data und neuen Ansätzen haben wir als Verwaltung die Möglichkeit, zum Vorbild – in einigen Bereichen vielleicht sogar zum Innovationsmotor – zu werden. Diese Chance sollten wir nutzen und mit Selbstvertrauen vorangehen.

Es hilft uns nicht, wenn wir uns in theoretischen Diskussionen über das Für und Wider der Digitalisierung und der Anwendung des maschinellen Lernens verlieren, wir müssen stattdessen rigoros prüfen, wie wir diese Instrumente nutzen können, um unseren Alltag zu verbessern und unsere Probleme zu lösen.

Anders ausgedrückt: Wir müssen unsere Innovationskraft nutzen und das heißt – ich komme auf das eingangs Gesagte zurück – neue Wege beschreiten. In der digitalen wie selbstverständlich auch in der analogen Welt.

Ich konnte im vergangenen Jahr mit zwei analogen Formaten sehr gute Erfahrungen sammeln: Zum einen mit dem Dialog auf dem Wochenmarkt, wo ich Marktbesucherinnen und -besuchern die Möglichkeit zum Gespräch anbiete: ganz spontan, ohne Anmeldung, ohne Tagesordnung. Aus diesen Gesprächen konnte ich schon zahlreiche Anregungen mitnehmen.

Das andere Format sind die Stadtspaziergänge: Ich biete an, einer Gruppe von Interessierten vor Ort zu zeigen, wo sich unsere Stadt verändert, was sich ganz konkret tut in Kehl. Während wir zu Fuß von einem Ort zum nächsten gehen, werden Fragen gestellt, entspinnen sich Gespräche, die wir am Ende bei einem Kaffee fortsetzen.

Bei beiden Gelegenheiten stelle ich fest, dass es in dieser analogen Welt das Interesse an Fakten tatsächlich noch gibt. Ich stelle fest, dass Menschen Informationen möchten, zuhören, Fragen stellen. Ich stelle fest, dass auch kontroverse Diskussionen – die wir bei diesen Spaziergängen auch haben – in sachlichem Ton und höflicher Form geführt werden. Und es gibt dort – was wir in den sozialen Netzwerken oft vermissen – eine Offenheit für die Argumente des jeweils anderen.

Aus diesen Erfahrungen heraus und in dem Sinne, dass wir innovative Verfahren nutzen möchten, werde ich dem Gemeinderat im Vorfeld der Debatten um den nächsten Doppelhaushalt vorschlagen, einen sogenannten Bürgerhaushalt einzurichten.

Bürgerhaushalt bedeutet, dass der Gemeinderat ein bestimmtes Kapital zur Verfügung stellt, mit dem Projekte realisiert werden, die Bürgerinnen und Bürger vorschla-

gen. Welche Vorhaben aus einer Liste von Vorschlägen umgesetzt werden, entscheiden die Bürger – nicht der Gemeinderat.

Bürgerhaushalte gibt es schon in vielen Städten – unsere Nachbarn in Straßburg hatten im vergangenen Jahr erstmals einen –, insofern ist das Verfahren nicht neu. Es muss aber auf jede Stadt angepasst werden, will heißen, es muss definiert werden, welche Art von Projekten wir uns vorstellen.

Ich möchte vorschlagen, dass wir einen Bürgerhaushalt für soziale Innovation anbieten. Unter sozialer Innovation versteht man Projekte, die hauptsächlich der Gesellschaft zugutekommen – also nicht privaten Unternehmen oder Investoren. Sie reagieren zielgerichtet auf gesellschaftliche Herausforderungen, fördern das Gemeinwohl und lösen ein gesellschaftliches Problem besser, effektiver und vielleicht fairer als bisherige Angebote.

Entscheidend ist aus meiner Sicht, wie die Abstimmung über die Projekte organisiert wird, damit sie eine breite Akzeptanz finden. Die Digitalisierung bietet uns hier verschiedene Möglichkeiten.

Wichtig ist, dass wir – Gemeinderat und Verwaltung – den Mut haben, die Hoheit über einen Teil unseres Budgets aus der Hand zu geben und den Bürgerinnen und Bürgern zu vertrauen, dass sie mit dem Geld das Richtige tun. Das Potenzial gerade für soziale Innovation sehe ich in unserer Stadt – denken Sie nur an das Beispiel „Inklusives Kork“.

Ich möchte diesen Abschnitt meiner Rede mit einem Zitat von Zukunftsforscher Matthias Horx abschließen:

*„Immer wieder wird behauptet, dass die Digitalisierung viele Probleme von Städten und Gemeinden lösen kann. Aber letztlich ist es nicht die Technik per se, die über den Erfolg einer Region entscheidet, sondern es sind die sozialen Beziehungen. Also wie sich die einzelnen Gruppen zueinander verhalten und wie sie miteinander kooperieren. Soziale Beziehungen werden aber auch in Zukunft nicht durch Digitalisierung entstehen, aber Technik kann den Zusammenhalt in der Gesellschaft verstärken. Kommunen, die Digitalisierung unter diesen Gesichtspunkten einsetzen, werden auch in Zukunft punkten können.“*

Diesen Teil der Rede habe ich bewusst in die Zukunft gerichtet und dabei auf den klassischen Jahresrückblick verzichtet – diesen können Sie wie immer in unserer umfangreichen Jahresschrift nachlesen.

Dennoch möchte ich ein Projekt, das Projekt, des vergangenen Jahres, erwähnen: Wir konnten Ende September mit dem Kulturhaus ein aufwendig und mustergültig saniertes Baudenkmal einweihen und mit neuem Leben erfüllen.

Die Geschichte des Gebäudes, die Baugeschichte, warum es so lange gedauert hat und wie es bei den Nutzern – Musikschule, Volkshochschule, Atelier Kehl und Kulturbüro – ankommt, all das erfahren Sie im Farbkapitel der Jahresschrift.

Was mich fasziniert, ist die Ausstrahlung, die dieses Kulturhaus bereits nach wenigen Wochen entfaltet: Wer einmal dort war, wird verstehen, was ich meine. Obwohl in der Kürze der Zeit nur ein Bruchteil der Möglichkeiten, welche dieses Haus bietet, genutzt werden konnte, durften wir bereits eine ganze Reihe magischer Momente erleben:

- die Einweihungsfeier mit einem – würde ich sagen – legendären Beat-Boxer;
- den Tag der offenen Tür mit mehreren Tausend interessierten Besucherinnen und Besuchern;
- Konzerte ohne und mit dem neuen Steinway-Flügel – der Dank der Spenden zahlreicher Kehlerinnen und Kehler angeschafft werden konnte;
- die Enthüllung des von Künstlerin Ilse Teipelke geschaffenen afghanischen Bombenteppichs, der uns von der Bürgerstiftung als Leihgabe überlassen ist;
- die Eröffnung der Baden-Württembergischen Übersetzertage mit Denis Scheck und mehr als 30 Veranstaltungen in dieser Reihe. Die Übersetzertage waren nicht nur der erste Härte-test für das Kulturhaus – und natürlich für Kulturbüroleiterin Stefanie Bade und ihr Team. Gerade wenn nur ein oder zwei Personen – Autorinnen und Autoren und/oder Übersetzerinnen und Übersetzer – auf der Bühne saßen und sprachen, wirkte diese fast heimelige Atmosphäre des neuen Kultursaaes in besonderer Weise auf Zuhörerinnen und Zuhörer.

Auch mit der Entscheidung, dieses historische Schulhaus aus den 1920er-Jahren zum Kulturhaus umzubauen, hat der Gemeinderat ein Risiko auf sich genommen: Altbausanierung ist immer ein Abenteuer – und auch hier sind die unschönen und teuren Überraschungen nicht ausgeblieben.

Doch angesichts des Ergebnisses sind wir uns – denke ich – alle einig: Es hat sich gelohnt.

Daher möchte ich die Stichworte Wagniskultur und Vertrauen – in die Zukunft und in die Handelnden – noch einmal aufgreifen. Gestatten Sie mir dazu einen Rückblick in die vergangenen 20 Jahre.

Es war ein Wagnis, als der Gemeinderat 1996 beschlossen hat, 2004 gemeinsam mit Straßburg die erste grenzüberschreitende Gartenschau auszurichten. Einigen Ratsmitgliedern war es dabei so unwohl, dass der Beschluss 1998 – als Dr. Günther Petry zum OB gewählt worden war – wiederholt wurde. Der neue OB sollte mitstimmen und damit auch die Verantwortung für dieses gewaltige Projekt mittragen.

Weder 1996 noch 1998 konnte jemand verlässlich voraussagen, wie sich die wirtschaftliche Lage insgesamt und damit auch der Stadt bis 2004 entwickeln würde.

Und niemand konnte belastbar prognostizieren, wie viele Besucherinnen und Besucher schließlich den Eintrittspreis ins Gelände entrichten würden.

Trotz dieser Unwägbarkeiten beschloss der Gemeinderat, die Gartenschau auszurichten und die Passerelle des deux Rives zu bauen.

Was dann kam, war in der Tat nicht vorauszusehen gewesen: Die Stadtregierung in Straßburg wechselte, die neuen Partner stellten das Projekt infrage, verlangten Umplanungen, die Passerelle wurde um 400 Meter nach Norden verschoben – einer der Hauptgründe dafür, dass sie am Ende etwa doppelt so teuer war, wie geplant.

Die Konjunktur brach ein, der Gemeinderat musste ein hartes Sparprogramm beschließen, offene Stellen in der Verwaltung wurden intern besetzt oder blieben bei externer Besetzung zunächst Monate lang vakant.

Die Stadt hat diese harte Bewährungsprobe bestanden und den Schuldenstand – durch einen Verzicht auf Großprojekte in den Folgejahren – in nur fünf Jahren unter das Niveau von vor der Gartenschau zurückgefahren.

2009 hat der Gemeinderat OB Petry autorisiert, den Vertrag über die Vorprojektplanung für die Tram zu unterzeichnen. Wir alle erinnern uns noch gut an den wirtschaftlichen Einbruch, welcher durch das Platzen der Immobilienblase und die Lehman-Pleite im September 2008 ausgelöst wurde.

Die Auswirkungen erreichten etwas zeitversetzt auch die Stadt Kehl. Trotzdem ließ sich der Gemeinderat nicht entmutigen und trieb die Planungen für die Tram weiter voran, fasste im Dezember 2011 eine Art Vor-Baubeschluss. Zwei Jahre später, wieder im Dezember, wurde der Bau der Tram und damit das größte grenzüberschreitende Projekt von einer großen Mehrheit im Rat beschlossen.

Es war ein Wagnis: Zwar waren die Zuschusszusagen von Land und Bund im Rathaus eingegangen – der Bund hatte seine Beteiligung aber durch ein „bis zu“ 60 Prozent relativiert.

Die Stadt ließ sich also auf das völlig unkalkulierbare Risiko ein, wie viele förderfähige Projekte von Baden-Württemberg und von den anderen 15 Bundesländern für den gleichen Fördertopf eingereicht würden.

Warum erzähle ich Ihnen im Januar 2020 diese alten Geschichten? Weil es für unsere Stadt die Erfolgsgeschichten schlechthin sind.

Weil die Gartenschau ein Erfolg war, die Passerelle zum Wahrzeichen unserer Stadt, der Stadt Straßburg, der deutsch-französischen Freundschaft geworden ist, weil der Garten der zwei Ufer Spaziergänger aus der gesamten Region anlockt.



Weil die Tram ein unglaublicher Erfolg ist – vier Millionen Einzelfahrten in einem Jahr, seit sie bis zum Rathaus fährt. Weil die Tram die grenzüberschreitende Mobilität umweltfreundlich erleichtert, weil sie Autoverkehr reduziert, weil sie uns ein besonderes Lebensgefühl gibt.

Tram, Passerelle, Garten der zwei Ufer – wer wollte sich unsere Stadt ohne sie und ohne die mit diesen Projekten verbundene Stadtentwicklung noch vorstellen? Ohne Wagniskultur wären diese Projekte nicht möglich gewesen, nicht realisiert worden.

Und damit komme ich zum Punkt: Ich musste im Frühjahr 2017 das Hallenbad schließen, weil das Dach einsturzgefährdet war. Wir haben sehr schnell eine sogenannte Projektgruppe Neubau Hallenbad gegründet, der auch Vertreterinnen und Vertreter der Schwimmvereine und der Nutzergruppen aus der Bürgerschaft angehören.

Diese Gruppe hat mit einem beeindruckenden Einsatz ein vernünftiges und Kehler Bedürfnissen angepasstes Raumprogramm für ein neues Kehler Bad erarbeitet, das auf dem Gelände des Freibades errichtet werden und dieses damit zum Kombi-Bad machen soll.

Ein Bad zum Schwimmen wurde entwickelt, kein Luxus, kein Schnickschnack. Eine Riesenrutsche wünscht sich die Gruppe – sie wurde als optionales Element ausgeschrieben, also so, dass sie nicht gleich mitgebaut, und damit mitfinanziert werden muss, sondern zu einem späteren Zeitpunkt angebaut werden kann.

Der Gemeinderat hat hier, in der Stadthalle, einstimmig beschlossen, auf dieser Basis einen Architektenwettbewerb auszuschreiben. Dieser hat stattgefunden und wir haben mit dem Entwurf des ersten Preisträgers bekommen, was wir gesucht haben: ein kompaktes, funktionsfähiges Kombi-Bad, das sich in dem von uns definierten Kostenrahmen bewegt.

Wir haben große Aufgaben vor uns: Schulsanierung und Digitalpakt Schulen mit einem Umfang von zusammen 23,8 Millionen Euro. Etwa ein Drittel davon bekommen wir über Zuschüsse finanziert. Uns fehlen – trotz aller Anstrengungen in den zurückliegenden neun Jahren – noch immer Kita-Plätze.

Der nächste Doppelhaushalt wird – auch aus Gründen, die wir als Stadt weder zu verantworten haben noch beeinflussen können – nicht einfach.

Und trotzdem sollten wir den Mut haben, zu dem zu stehen, was wir hier an dieser Stelle versprochen haben: nämlich, dass wir ein neues Hallenbad bauen, weil es für uns zur Daseinsvorsorge gehört.

Es ist ein Wagnis, weil niemand verlässlich voraussehen kann, wie sich die Konjunktur in den nächsten Jahren entwickelt. Es ist ein Risiko, weil wir dieses Projekt nicht stemmen können, ohne dass wir dafür Schulden machen.

Wie Sie an meinem Ausflug in die Vergangenheit sehen konnten, hat diese Stadt – haben Gemeinderat und Verwaltung – mehrfach bewiesen, dass sie Großprojekte gemeinsam und in einem hohen Verantwortungsbewusstsein bewältigen können. Auch unter schwierigen Bedingungen. Und sie haben auch bewiesen, dass sie, wenn sie für ein wichtiges Großprojekt – Stichwort Gartenschau – Schulden machen, diese wieder abbauen, bevor sie neue große Vorhaben angehen.

Die Kehlerinnen und Kehler tragen unser Übergangsmanagement – Winterschwimmen in Auenheim und das Gutscheinprogramm für das Offenburger Bad – ohne Murren mit. Und zwar im Vertrauen darauf, dass wir einlösen, was wir versprochen haben.

Richten wir unsere Politik also nicht darauf aus, Risiken zu vermeiden, sondern wagen wir es, neue Wege zu gehen, Herausforderungen souverän anzunehmen – auch wenn wir dabei manchmal Grenzen überschreiten müssen.

Für diese Herausforderungen gibt uns der Südtiroler Politikwissenschaftler und Soziologe Roland Benedikter folgendes mit auf den Weg:

*„Zwei Fragen gilt es auszubalancieren: Welche Zukunft wollen wir? Und: Welche Zukunft wird sein, unabhängig davon, ob wir diese wollen oder nicht?“*

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr – nehmen wir es mit freudiger Offenheit an und gestalten wir es gemeinsam.